

Imperialismus



Norbert Nelte

Die Illusionen der Sozialdemokraten in einen "friedlichen" Imperialismus.



Die Reformisten wollen uns nicht nur für Deutschland einreden, daß die Arbeiter innerhalb des parlamentarischen Rahmens ihre erkämpften Rechte absichern können wenn sie jetzt in der Krise nur kürzer treten werden. Sie schlagen auch für die weltweiten Probleme der Kriege, Verelendung und Umweltzerstörung eine Lösung innerhalb des kapitalistischen Systems vor.

Schon der Mitbegründer der SPD, Lasalle vertrat gegenüber dem revolutionären Marx die Meinung, daß man auch zu einer neuen klassenlosen Gesellschaft über den parlamentarischen Weg kommen könne.

Ende des 19. Jahrhunderts zeigte der Kolonialismus sein wahres Gesicht. Das deutsche Kapital wurde durch Carl Peters vertreten, der Tausende von aufgehängten Schwarzen bei seinen Streifzügen durch Ost-Afrika hinterließ. Damals schon hatt die SPD nichts besseres zu tun, als einen "friedlichen" Kolonialismus anzumahnen, einen ohne Kanonenboote und Interventionsarmeen.

Das ficht aber das deutsche Großkapital nicht an, Carl Peters mit seinen blutigen Händen den Vorsitz in seinen 1890 gegründeten "Alldeutschem Verband" für die Kolonialfragen zu übergeben. In dieser barbarischen Tradition wird 1898 von Alfred Krupp der Flottenverein gegründet, um die Besitzansprüche in der Welt zu verteidigen und neue anzumelden.

Die SPD predigt weiter einen "friedlichen" Imperialismus: Ihr Obermufti Bernstein schrieb 1911:

*»Überall nehmen große Teile der bürgerlichen Erwerbswelt an ihm [Widerstand gegen Hetzimperialismus und Schutzzöllnerei] teil, überall gewinnt die **Vertragsidee** im Streit mit den überlieferten Kriegstendenzen an Boden.«¹*

Na gut, die Langsammerker könnten trotz Carl-Peters, Kanonenbootpolitik und Alfred Krupp die Illusionen gehabt haben, daß mit der Aufklärung und der Entwicklung des Kapitalismus die Welt zu einem friedlichen Weg kommen könnte. Wir nehmen natürlich dem großen Vorsitzenden der SPD diese Naivität nicht ab, sondern sehen diese eher als Resultat der Privilegien und Abgeordnetensesseln. Aber seis drum

Spätestens beim Ausbruch des 1. Weltkrieges hätte jeder aufmerken und die Brutalität des Kapitalismus konstatieren müssen. Aber nein, Bernstein und seine Truppe hatte nichts Eiligeres zu tun, als dem Kaiser mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten zu unterstützen.

Den Chauvinismus der Sozialdemokraten konnte man schon 1870/71 in Braunschweig beobachten, als zu Beginn des deutsch-französischen Krieges, alle *»sozialdemokratische*

¹ Eduard Bernstein: "Das Finanzkapital und die Handelspolitik": 'Sozialistische Monatshefte, 1911, Bd.II, S.951/952

*Abgeordnete verschiedener Organisationszugehörigkeit im Reichstag des Norddeutschen Bundes außer Bebel und Liebknecht für die Bewilligung von Kriegskrediten.*² stimmten.

Spätestens bei den Kriegskrediten zeigte sich, daß die SPD-Bonzen wirklich nicht naiv an die Friedfertigkeit glaubten, sondern daß sie nationalistisch waren und es ihnen nur um den Sieg des deutschen Imperiums ging.

Ein wichtiger Führer der Reformisten, der 1909 noch eine brauchbare Analyse über das Finanzkapital verfaßte, Rudolf Hilferding, stellte 1927 fest:

»Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion.«³

Der theoretische Kopf der SPD, Karl Kautsky entwickelte die Theorie des "friedlichen" zähmbaren Ultraimperialismus. Der 1917 noch marxistische Bucharin erklärt diesen Unsinn folgendermaßen:

»Aber Kautsky und seine Anhänger sagen, daß der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung selbst das Wachstum jener Elemente begünstige, auf die sich ein Ultraimperialismus stützen könnte; und zwar erzeuge die Zunahme der internationalen Verflechtung des Kapitals die Tendenz zur Aufhebung der Konkurrenz unter den verschiedenen "nationalen" kapitalistischen Gruppen. Diese "friedliche" Tendenz werde auch durch den Druck von unten verstärkt. So trete an die Stelle des raubgierigen Imperialismus der sanfte Ultraimperialismus.

Aber - wird man uns einwerfen -, Kautsky und seine Freunde glauben doch gerade, daß die Bourgeoisie, dazu gezwungen durch den Druck von unten, von den imperialistischen Methoden absehen würde. Darauf antworten wir: In diesem Falle gibt es zwei Möglichkeiten: entweder wird dieser Druck schwach sein, dann wird alles beim alten bleiben: oder aber dieser Druck wird größer sein als die "Gegenwirkung": und dann wird keine neue Epoche des Ultraimperialismus, sondern eine neue Epoche der nicht antagonistischen gesellschaftlichen Entwicklung anbrechen.«⁴

Dann kam der 2. Weltkrieg, der Europa in Schutt und Asche legte und 20 Millionen Tote hinterließ. Wieder nur die gleiche Leier der SPD vom zähmbaren Imperialismus.

Nach dem 2. Weltkrieg hatte die USA einen Rüstungshaushalt von 10%. Besonders 1953 durch den Koreakrieg kam es zu einem besonderen Wirtschaftsschub und - weil durch die entsprechende unproduktive Rüstungsnachfrage die Wirtschaft angekurbelt wurde - war ein lang anhaltender Aufschwung die Folge.

1975 ging die Boomphase zu Ende und erste Krisenerscheinungen wie die Massenarbeitslosigkeit machten sich bemerkbar. Inzwischen registrieren wir 6 Millionen Arbeitslose mit Dunkelziffer in Deutschland, über 20 Millionen registrierte in Europa.

²

²Arno Klönne: "Die deutsche Arbeiterbewegung", S. 49

³Rudolf Hilferding: Protokoll: "Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel" Berlin 1927, S.168

⁴Nikolai Bucharin: "Imperialismus und Weltwirtschaft", 1917, S.81, IS-Broschüre

Jeder Mensch, der nicht die Augen in den Sand steckt, sieht den Niedergang dieser Welt. Die Kriege waren noch nie so umfangreich wie heute. Das Treibhausklima und das Ozonloch bedroht die Welt. Von Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Elend sind ein Drittel aller Menschen betroffen. Ganze Länder kann man nicht mehr zur Zivilisation zählen, in denen noch eine geordnete Produktion möglich wäre. In Somalia, Afghanistan, Ruanda, Bosnien, Zentralafrika, Kaschmir oder Tschetschenien, überall herrscht nur noch die nackte Gewalt. In Liberia ist inzwischen Menschenfresserei eine fast normale Ernährungsweise. Der "Ultraimperialist" Shell hinterläßt in Nigeria nur noch aufgeknüpte Menschen und verölte Erde. Die russische Ölindustrie haust ähnlich in Sibirien.

Angesichts all diese vom Menschen gemachten Katastrophen verbreiten die Redormisten wieder zum x-ten Male die alten Illusionen. Lafontaine zeigt mit seinem Wort über die »internationale Zusammenarbeit«⁵, daß er nichts kapieren will. Natürlich gibt es die Tendenz der Zentralisation und der Konzentration des Kapitals. Aber gleichzeitig herrscht auch das Gesetz der Konkurrenz, so daß die Vollendung der Zentralisation nur abstrakt denkbar ist und ein Monopol ohne Konkurrenz nie in der Praxis erreicht werden wird.

Die sich zuspitzende Krise zwingt jeden Kapitalist zu einer schärferen Gangart, wenn er überleben will. Die Vertreter der nationalen Gesamtkapitalisten, die Staaten, werden in eine größere Konkurrenz getrieben. Letzlich verwandeln sich die Handelskriege in militärische Kriege. Auch sie sind heute nichts anderes als die "Politik mit anderen Mitteln".

Schon Bucharin entlarvte 1917 mit allen Marxisten die Illusionen von Kautsky:

*»Die Theorie Kautskys ist somit keineswegs realistisch. Sie betrachtet den Imperialismus nicht als unvermeidlichen Begleiter des entwickelten Kapitalismus, sondern als eine der "dunklen" Seiten der kapitalistischen Entwicklung. Ähnlich wie Proudhon, gegen dessen spießbürgerliche Utopien sich Marx so scharf wandte, ist Kautsky bestrebt, den "dunklen" Imperialismus zu vernichten, dabei aber die "lichten" Seiten der kapitalistischen Ordnung unberührt zu lassen. Seine Auffassung setzt eine Vertuschung der gewaltigen Widersprüche voraus, die die heutige Gesellschaft zerreißen, und ist insofern eine reformistische Auffassung. Die charakteristische Besonderheit des theoretisierenden Reformismus ist, daß er alle Elemente der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus auf das sorgfältigste herausstreicht, seine Widersprüche aber übersieht. Im Gegensatz dazu ist für den konsequenten Marxisten die gesamte kapitalistische Entwicklung nichts anderes als ein Prozeß **der ständigen erweiterten Reproduktion der kapitalistischen Widersprüche**. Die zukünftige Weltwirtschaft in ihrer kapitalistischen Form befreit diese Wirtschaft nicht von den ihr immanenten Elementen der Nichtanpassungsfähigkeit; sie reproduziert sie fortwährend auf erweiterter Stufenleiter. Die wirkliche Aufhebung dieser Widersprüche erfolgt erst bei einer anderen Produktionsstruktur des gesellschaftlichen Organismus, in der gesellschaftlichen, planmäßigen sozialistischen Organisation der Wirtschaft.«⁶*

⁵Siehe in diesem KK: "Reformen rückwärts" von Karsten Schmitz
⁶Bucharin, "Imperialismus", S.86

Schon 1917 wußten Marxisten von den destruktiven Seiten des Imperialismus. Die Sozialdemokraten können und wollen auch 1996 die Barbarei des Imperialismus nicht sehen, obwohl sie doch heute durch die weltumspannenden Medien total informiert sein müßten. In den ganz normalen Nachrichtensendungen fließt doch mehr Blut als in jedem Kettensägen-Massacker-Video.

Durch die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals wird der Anteil der toten Arbeit (Produktionsmaschinen) gegenüber der lebendigen Arbeit immer größer. Vor 100 Jahre brauchte der Arbeiter nur einen Hammer, heute bedient er einen Roboter für 2 Millionen Mark. Der Mehrwert resultiert aber aus der lebendigen Arbeit. Und da diese immer geringer am Gesamtwert wird, nimmt sie im Verhältnis zu der toten Arbeit immer mehr ab.

Diesen tendenziellen Fall der Profitrate leugnen die Reformisten einfach. Es gäbe kein Widerspruch mehr zwischen Kapital und Arbeit. Den Arbeitern gehe es heute schon so gut, daß sie selber Aktien kaufen können. Außerdem hätte der Kapitalismus inzwischen soviel gelernt, daß er gegen den Fall mit den entgegenwirkenden Faktoren gegensteuern könne. Die Profitrate sei deshalb nur bis zum ersten Weltkrieg gefallen, danach hat man die Sache in den Griff bekommen, und es bleibt nun gleich.

Inzwischen ist die organische Zusammensetzung schon so hoch, daß kaum mehr die Profite gesteigert werden können. Kein bürgerlicher Volkswirt propagiert mehr den Abbau der 6 Millionen Arbeitslosen. Trotzdem, die Sozialdemokraten versprechen uns aber goldene Zeiten im Spätkapitalismus.

Mit dem Treibhausklima, mit dem Ozonloch, das ist noch lange bis dahin. Da kann man noch viel unternehmen. Wir sind schon mitten drin. In Neuseeland gibt es ein Gesetz, daß Kinder nur 20 Minuten auf die Straße geschickt werden dürfen. Ein Drittel aller Menschen dort sind bereits an Hautkrebs erkrankt.

Da redet Herr Lafontaine von "internationaler Zusammenarbeit". Meint er die Zusammenarbeit der französischen, japanischen und deutschen Arbeitern?. Nein er meint die von Shell und Mercedes. Die Addition von Barbar + Barbar ergibt aber nicht = Harmonie, sondern = absoluter Barbarismus.

Statt der "Zusammenarbeit" von Shell und Mercedes brauchen wir aber die Solidarität aller Arbeiter der Welt. Nur sie werden in der Lage sein, ohne Konkurrenz miteinander nach Vernunftgesichtspunkten zu produzieren und damit eine Welt ohne Kriege, ohne Ozonloch und Arbeitslosigkeit aufzubauen.

Die meisten Menschen sehen in Anbetracht der Katastrophen den Untergang der Menschheit, aber nur deshalb, weil sie keine Alternativen zum Kapitalismus haben. Die Übel dieser Welt werden aber vom Kapitalismus gemacht. Im Sozialismus werden wir nicht mehr in Konkurrenz, sondern nach einem Arbeiterplan vernunftsmäßig produzieren können. Kriege und Treibhausklima werden der Vergangenheit angehören. Statt Panzer und Kanonen herzustellen, können wir dann sinnvoll für Essen und naturfreundliches Produzieren arbeiten.

Dazu müssen wir uns aber zuerst von der SPD und ihren Illusionen des Reformismus trennen und deren Führer im Klassenkampf auf den Müllhaufen der Geschichte werfen.



IWF und Weltwirtschaftsbank

★ Norbert Nelte

(KK 12 - 11/1997)

Durch die mit lautstarkem Getöse begeleitetete Tagung des IWF und der Weltbank in Hongkong rückte sie wieder in das Zentrum der Nachrichtensendungen. Wird die Weltbank wirklich die Armut bekämpfen können, wie sie selber vorgibt? Zu welchem Zweck wurde die Weltwirtschaftsbank überhaupt gegründet und was sind ihre wirklichen Aufgaben?

Nach der Beendigung der Kolonialzeit nach dem 2. Weltkrieg ging der Kapitalismus vom direkten Raub der Rohstoffe und der militärisch erpreßten Warenabnahme in den unterdrückten Ländern über zu einem subtileren System der Unterdrückung.

Die Militärbesetzung lohnte sich nicht mehr. Sie wurde teurer als das, was die Raubgüter einbrachten, die man eroberte. Die unterdrückten Länder wurden scheinbar als gleichberechtigte Partner in den Weltkapitalismus einbezogen.

Es wurde eine Institution notwendig, die diese unterdrückten Länder weiter in direkter Abhängigkeit hielt sowie diese auch überhaupt erst einmal schaffen konnte.

Zur selben Zeit war die USA auch die führende Kraft im imperialistischen Konzert geworden. England war lange die Nr. 1, weil es die meisten Kolonien hatte, die es ausrauben konnte. Die USA, die keinerlei Kolonien besaßen, konnten Reichtum nur durch Maschinenentwicklung gewinnen. So wurde sie am Ende des Kolonialismus als entwickeltere Nation logisch zur Führung im Imperialismus.

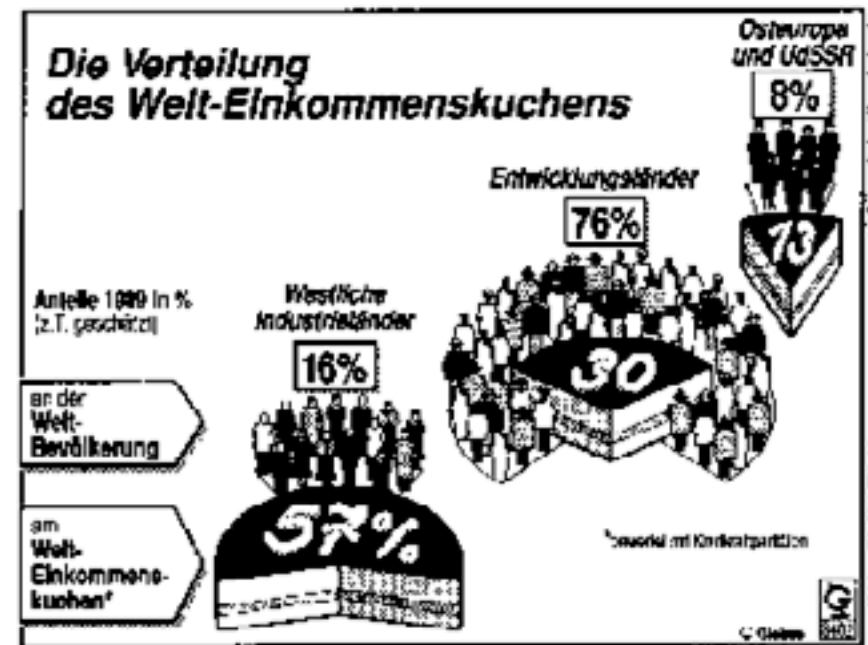
Mit dem Untergang der Kolonien verlor Europa an Autorität in den ehemaligen Kolonien und die USA brauchte ein Instrument, um ihre imperialistischen Interessen auch ökonomisch durchzusetzen bzw. abzusichern.

1944 wurde der IWF (der Internationale Weltwährungsfonds) und die Weltbank in Bretton Woods gegründet.

Der Weltwährungsfonds hatte die Aufgabe, die Währungen der Welt und damit ihre Außenhandelswirtschaft an den US-Dollar zu ketten. Es wurde ein festes Wechselverhältnis zum Dollar eingeführt, das weit überhöht war (1 Dollar = 4 DM). Erst 1971 nach der ersten Währungskrise des Dollars 1966 wurden dann die freien Wechselkurse (floating) eingeführt.

Gleichzeitig wurde die Weltbank gegründet, um den Staaten zu ermöglichen, ein festes Wechselverhältnis oder eine stabile Wirtschaft auch ökonomisch abzusichern, um den USA die

Handelspartner zu garantieren und zu gewährleisten, daß sie allein selber keine notleidende Währung unterstützen mußte.



Bis 1950 wurde hauptsächlich Europa als Handelspartner unterstützt (Marshall-Plan). Erst in den 60er Jahren rückten die Agrarländer mit der Entkolonialisierung Afrikas in den Vordergrund der Hilfe.

»Den US-amerikanischen Nachkriegsplanern galt wirtschaftliches Wachstum in den größtenteils erst vor der Dekolonisation stehenden Entwicklungsländern als wichtigstes außenpolitisches Ziel, um einerseits Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären zu erschließen und andererseits die Nachkriegsordnung zu sichern. Das "Entwicklungsdefizit", die Unterentwicklung der abhängigen Länder erschien ihnen nicht als Problem struktureller Deformation, welches während der Jahrzehnte des Kolonialismus entstanden war, sondern schlicht als 'Rückständigkeit', die sich durch wirtschaftliche, soziale und politische Modernisierung beheben ließe. "Rückständigkeit" der Entwicklungsländer interpretierten sie als Folge eines Mangels an Kapital, der durch umfangreiche Finanzinjektionen aus dem Ausland (Theorie des "big push") überwunden werden könnte. Die Länder der Dritten Welt könnten nachholende Industrialisierung nicht eigenständig vollziehen, sondern benötigten den Rahmen einer prosperierenden Weltwirtschaft, der auch

ihnen als Spätstarter Wachstumschancen eröffnen würde. Wohlstand für alle würde sich gleichsam automatisch als Durchsicker-Effekt (Theorem vom "trickle-down") einstellen. Die nachholende Entwicklung im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft abzusichern, wurde zu der wesentlichen Aufgabe von IWF und Weltbank«¹

Die Weltbank (IBRD) hat 3 Schwesterorganisationen:

IFC = Dient der Förderung des Wirtschaftswachstums (Auch Bürgschaften), der Anteil der privaten Investoren nimmt übrigens immer weiter zu.

MIGA = Förderung ausländischer Direktinvestitionen (also der Multis) für produktive Zwecke

IDA = Für zinslose Kredite nur für die ganz armen Länder mit einem Bruttosozialprodukt (BSP) von weniger als 675 Dollar pro Kopf und Jahr.

»Vor allem die höchst verschuldeten Länder sind auf IDA-Kredite angewiesen; auf sie entfiel bereits die Hälfte des gesamten Volumens von IDA 10. Davon werden 40 Prozent in Form von Anpassungsfinanzierung zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird also nicht direkt für Armutsbekämpfung oder andere entwicklungspolitische Prioritäten (wie Umweltschutz) eingesetzt, sondern dient der Bereitstellung von Devisen für den fälligen Schuldendienst.«²

Nach dem Ende des Ostblocks

»Seit dem Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems 1989 ist die Weltbank im Dialog mit den Entwicklungsländern sowohl direkter als auch hartnäckiger geworden. Im Sinne eines ganzheitlichen Entwicklungsbegriffs haben politische Faktoren - was eigentlich der Satzung widerspricht - an Stellenwert gewonnen.«³

Seit dem Ende des Staatskapitalismus wird von den Nehmerländern viel offener "good governance" (privatkapitalistisches Wohlverhalten) verlangt.

Es wird nicht nur von den armen Ländern verlangt, ihre Länder nach den Demokratien der westlichen Vorbilder auszurichten, sondern auch die gesamte Wirtschaftspolitik nach den Vorstellungen der Weltbank auszurichten. Von den Nehmerländern wird verlangt, daß sie ihre Staatsausgaben - besonders die Sozialausgaben - kürzen, daß mehr investiert wird usw.:

»Die Strukturanpassungskredite von Weltbank/IWF beinhalten in der Regel Maßnahmen zur Reduzierung des staatlichen Defizits (Steuererhöhungen, Kürzungen bei Subventionen, Erhöhung der Preise öffentlicher Leistungen), Maßnahmen zur Einschränkung der Kreditexpansion v.a. gegenüber dem staatlichen Sektor, preispolitische Maßnahmen (Währungsabwertungen, Erhöhung der Agrarpreise), arbeitspolitische Maßnahmen zur Begrenzung des Lohnanstiegs und die Prüfung/Verbesserung des öffentlichen Investitionsprogramms.«⁴

Besonders stark ist der Eingriff bei hohen Staatsanteilen.

»Über 60% der IWF-Programme enthalten Maßnahmen zur Begrenzung der Lohn- und Gehaltsausgaben im formellen Beschäftigungssektor (Industrie und Staatsdienst). Diese Maßnahmen sollen verhindern, daß die abwertungsbedingten Konkurrenzvorteile gleich wieder durch Gehaltsanpassungen verpuffen. Sie bedeuten eine gewisse soziale Härte in Ländern ohne ausreichendes soziales Netz und bringen zweifelsohne eine gewisse Verarmung des Mittelstandes. Zur Verschlechterung der Einkommensverteilung tragen sie aber nur dort

bei, wo ein Großteil der Bevölkerung im modernen Sektor beschäftigt ist, während dort, wo der überwiegende Teil in der Landwirtschaft und im informellen Sektor arbeitet, diese Maßnahmen (in Kombination etwa mit einer Erhöhung der Agrarpreise) die Einkommensverteilung verbessern.»⁵

Besonders hart werden natürlich von dieser Maßnahme die Arbeiter jener Länder mit einem hohen Staatsanteil getroffen. Im privaten Industriebereich kann der Staat gar nicht größer die Löhne kürzen. Nur dort, wo er auch mindestens anteilsweise über die Industrie herrscht. Diese Maßnahmen zwingen die armen Staaten auch dazu, immer mehr Industrien zu privatisieren und sie damit einer offensiven Sozialpolitik zu entziehen.

Im Jahr 1990 widmete die Weltbank dem Thema Armut den alljährlichen "World Development Report". Er lieferte vor allem die beschämende Feststellung, daß mehr als eine Milliarde Menschen in Entwicklungsländern in Armut leben, d.h. mit weniger als 380 US-\$ Einkommen pro Jahr auskommen müssen und schlug zwei Maßnahmen vor:

1. Die Förderung der Arbeitskraft der Armen.
2. Die Einrichtung grundlegender Sozialdienste für die Armen.

Das waren aber gerade die Bereiche, die zur gleichen Zeit den Sparzwängen der Strukturanpassungsprogramme zum Opfer fielen.

Über die Feststellung hinaus, daß ein Drittel der Weltbevölkerung in Armut lebt, muß die Weltbank selber feststellen, daß sie 1990 keineswegs die Ziele von 1944, die Armut zu bekämpfen, erreicht hat. Das Gegenteil ist eher der Fall, die Armut in der Welt wird immer größer.

Korruption

Je ärmer die Länder und die Welt sind, umso korrupter sind sie auch. Das ist die Logik des Imperialismus und nicht die Schuld der armen Länder. Diese Korruption kann also nur durch Beseitigung dieser Logik und nicht durch Aufklärung beseitigt werden .

»Da die IWF-Programme Auszahlungen nur an die Erreichung makroökonomischer Zielgrößen binden und der IWF sich stets geweigert hat, sich in Fragen der internen Verteilung der Anpassungslasten einzumischen, haben die Behörden eines Entwicklungslandes, das ein Strukturanpassungsprogramm durchführt, einen starken Einfluß darauf, wessen Nachfrage beschnitten wird und wessen nicht. Sozial orientierte Programmkomponenten sind nicht selten am Widerstand mächtiger lokaler Interessengruppen gescheitert. Überhaupt scheint es, daß der Widerstand gegen IWF- und Weltbankprogramme in den Empfängerländern selbst nicht so sehr von der Sorge um die Auswirkungen auf die Armen getragen ist, sondern von der richtigen Einschätzung der relativ Privilegierten dort, daß ihre Interessen durch den Abbau der Staatswirtschaft und der protektionistischen Maßnahmen (Zollschrakenpolitik) und den damit einhergehenden Pfründen am meisten verletzt werden. Die Argumentation mit der Last der Armen hat dabei oft nur Alibifunktion.«⁶

Auf der diesjährigen Tagung des IWF in Hongkong (14.000 Teilnehmer - außer Spesen, nichts gewesen) gibt es daher auch verstärkte Aufrufe zur Bekämpfung der Korruption. Nicht, daß wirklich an ihr etwas geändert würde, man redet nur darüber, ohne Namen zu nennen. Man redet, um den Bildungsbürgern der Metropolen zu gefallen, und gleichzeitig handelt man nicht, um die Herrschenden der armen Länder nicht zu verschrecken.

Hier sieht man auch das Problem, warum die Weltbankprogramme gar nicht greifen können. Erst einmal haben die Imperialisten gar nicht die Absicht, den Armen zu helfen, sondern dem lokalen Kapital und damit sich selber. Und dann haben die lokalen Kapitalisten gar nicht die Absicht, den Armen zu helfen, sondern nur sich selber und ihren Privilegien. Die Imperialisten wollen den Armen nur nach dem von Keynes benannten Pferdeäpfel-Theorem helfen. Man füttert die Pferde und von deren Abfall bekommen dann auch die Spatzen noch was ab. Das ist moderner Kapitalismus.

Nord-Süd-Konflikt

Durch die Weltbank wird also das Nord-Süd-Gefälle nicht aufgehoben, sondern vielmehr noch verstärkt. Der Entwicklungshilfeminister Spranger gibt diese Tatsache selber zu: Es fließt »*das Vielfache an dem zurück, was in die Weltbank einfloß*«. Von 1983 bis 1990 gingen ca. 50 Milliarden (mit Gewinnabführungen) jährlich⁷ wieder aus der Dritten Welt in die kapitalistischen Industrieländer.

Die Weltbank ist überhaupt nicht in der Lage, die zuvor von dem Kolonialismus zerstörten Länder zu entwickeln. Das "seriöse" Cato-Institut schrieb 1994:

»Die Weltbank hilft den Regierungen der Dritten Welt, ihre Volkswirtschaften zu verkrüppeln, deren ökologische Umwelt zu beschädigen und deren Völker zu unterdrücken. Obwohl die Bank vor beinahe fünfzig Jahren mit hehren Ideen begann, tut sie heute mit Sicherheit den Armen der Welt mehr Leid als Gutes an.«⁸

1996 wurden Uganda, Bolivien und Burkina Faso mit 900 Millionen Dollar und viel Getöse entlastet. Gegenüber den 50 Milliarden jährlichen Rückflusses der armen Länder an die Metropolen ist das ein lächerlicher Betrag und zeigt, daß die Ungleichheit in der Welt vom Imperialismus mit seinem Haupt USA und seinen Instrument IWF und Weltbank nicht mehr gelöst werden kann, sondern nur von den Arbeitern und dem von ihnen aufzubauenden Sozialismus.

Fußnoten:

Körner/Maaß/Siebert /Tetzlaff 1985, S. 386, nach Tetzlaff, Opladen, 1996, S. 40

Ebda., S. 57

Ebda., S. 106

Beck's Jahrbuch Dritte Welt 1990, München, S. 124

Ebda.

Ebda., S. 126

nach Zeitschrift 'Dritte Welt', Nr. 4-5, S. 6

"Die Fortsetzung der Armut", Bovard 1994, S. 59, nach Tetzlaff, S. 158.

